

Europa Aktuell 2/2024

Düstere Aussichten in Europas Gemeinden

Die Finanzexpertengruppe des europäischen Dachverbands CEMR diskutierte die Budgetsituation europäischer Gemeinden. Investiert wird kaum mehr, die von der EU geforderten Investitionen in den grünen Wandel werden kurz- und mittelfristig nicht umsetzbar sein.

Eine Tischrunde unter Kollegen zu den brennendsten Themen und finanziellen Ausblicken auf Gemeindeebene förderte Erschreckendes zutage. Nicht nur die österreichischen Gemeinden stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand, auch in Deutschland, Schweden, Lettland und Großbritannien ist die Situation mehr als angespannt. In den Niederlanden wurden die Gemeinden durch die Wahlen gerettet, da eine von der Regierung Rutte auf den Weg gebrachte Mittelkürzung vorerst auf Eis liegt. Wenn die angedrohte Kürzung im Ausmaß von 3 Mrd. Euro kommt, wird sich in den Niederlanden jedoch eine Investitionslücke von ca. 2,4 Mrd. Euro/Jahr auftun. Und das angesichts eines Wohnungsnotstands, mit landesweit fast 400.000 fehlenden Wohnungen.

In [Deutschland](#) gibt es einen kommunalen Investitionsrückstau von 166 Mrd. Euro, die notwendigsten Investitionen betreffen Schulen und Straßen. Da 2024 mit einem strukturellen Minus gerechnet wird, werden Investitionen weiter aufgeschoben, Infrastruktur wird vielerorts mehr schlecht als recht am Leben erhalten. Inflation und ein hoher Gehaltsabschluss im öffentlichen Dienst sind wie in Österreich weitere Kostentreiber im laufenden Betrieb.

Auch in Schweden herrscht Alarmstimmung. 1/3 der Gemeinden werden einen negativen Jahresabschluss vorlegen, Inflation, Löhne und Pensionen sind die größten Kostentreiber im laufenden Betrieb. Die Mehrheit der Gemeinden finanziert diesen über Rücklagen und versucht, Effizienzpotenziale zu nutzen. Dennoch wird es vielerorts nicht ohne Steuererhöhungen gehen. Die Bauwirtschaft steht vor dem Stillstand, aufgrund der explodierenden Kosten werden derzeit keine öffentlichen Bauprojekte geplant. Der Zentralstaat beteiligt sich auch in jenen Gemeinden nicht an Infrastrukturkosten, wo Großprojekte von europäischem Interesse (etwa Batteriefabriken) umgesetzt werden, was die Errichtung von Wohnraum, Schulen und Kindergärten gefährdet.

In Lettland kappte der Finanzausgleich die frei verfügbaren Zuweisungen, was selbst wohlhabende Gemeinden hart trifft. Staatlich verordneten Aufgaben sind latent unterfinanziert, als Beispiele wurden die verpflichtende Anschaffung von Elektrobussen oder die Erhöhung des Mindestlohns genannt.

Und selbst wenn [Großbritannien](#) nicht mehr EU-Mitglied ist, zeigt ein Blick in die englischen Gemeinden, dass sich die Versprechungen des Brexit so gar nicht bewahrheitet haben. Mit den Gemeinden geht es seit der Regierung Cameron finanziell stetig bergab geht.



Birmingham erklärte sich Ende 2023 zahlungsunfähig, Nottingham folgte wenig später und ist nicht mehr in der Lage, die wichtigsten kommunalen Dienstleistungen zu finanzieren. Für dieses Jahr befürchten 50% der englischen Councils, ihren wichtigsten finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen zu können.

Alles in allem also düstere Aussichten, die auch durch die Vorstellung der jüngsten NALAS/KDZ-Studie über die Finanzindikatoren der südost-europäischen Gemeinden nicht wirklich aufgehellt wurden.

Abwasserrichtlinie – Politische Einigung zwischen Rat und Parlament

Ende Jänner einigten sich die Verhandler von EU-Parlament und Rat auf die Neuausrichtung der kommunalen Abwasserrichtlinie. Für Österreichs Kläranlagen bedeutet das v.a. Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energie, Großanlagen müssen die vierte Klärstufe einführen.

Die kommunale Abwasserwirtschaft in Österreich sollte mit dem Verhandlungsergebnis weitgehend zufrieden sein. Vieles, was sich in der Novelle findet, ist in Österreich schon umgesetzt, wie etwa die Anschlusspflicht inkl. 2. Klärstufe für Gemeinden ab 1.000 Einwohnern. In den Verhandlungen kritische Punkte wie die Erhöhung der Stickstoffabscheidungsrate in der 3. Klärstufe konnten entschärft werden, die neue Richtlinie dürfte einen Zielwert von 80% Stickstoff- und 87,5% Phosphorabscheidung bis 2039 (Anlagen ab 150.000 Einwohnerwerten) bzw. 2045 (Anlagen ab 10.000 EW) enthalten (da noch kein finaler Text vorliegt, wird hier auf den letzten Verhandlungsstand vor Einigung abgestellt).

Neu ist die Einführung einer vierten Klärstufe bis 2045, diese zielt auf Mikroschadstoffe aus Pharma- und Kosmetikindustrie ab. Hier sollen Investitionen und laufende Kosten zu mindestens 80% von den Verursachern im Sinne einer erweiterten Herstellerverantwortung getragen werden. Betroffen sind Großanlagen ab 150.000 EW und Anlagen ab 10.000 EW bei negativer Risikobewertung.

Da die Abwasserrichtlinie als Teil des Grünen Deals verstanden wird, müssen Kläranlagen bis 2045 energieautark werden, d.h. in Energieeffizienz und erneuerbare Energie investieren um den Energiebedarf der Anlage möglichst selbst decken zu können. Da sich Anlagen bekanntermaßen selten auf sonnigen Bergketten befinden, ist immerhin ein Zukauf von 35% nicht-fossiler Energie erlaubt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/01/29/urban-wastewater-council-and-parliament-reach-a-deal-on-new-rules-for-more-efficient-treatment-and-monitoring/>



EU-Wahlen – Reminder per Mail

Die EU-Wahlen finden am 9. Juni statt, in Österreich werden 20 Abgeordnete gewählt. Um die Chance auf demokratische Teilhabe nicht zu verpassen, gibt es ein Erinnerungsservice per Email.

Auf der Webseite elections.europa.eu sind alle relevanten Informationen rund um die Europawahlen abrufbar, für jedes Land und in allen Amtssprachen. Da sich das Datum noch nicht überall herumgesprochen hat und um am Tag X daran zu denken, können sich Interessierte ein Erinnerungsmail bestellen. Wer sich besonders engagieren und mithelfen will, die Wahlbeteiligung zu erhöhen, kann Teil des Netzwerks gemeinsamfuer.eu werden und Europa durch Debatten, Podcasts, Veranstaltungen usw. in den Fokus rücken.

<https://elections.europa.eu/de/>